

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	41
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	236/2022
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	09.05.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	die Vorsitzende, Herr Herweg, Frau Wagner (beide JugA)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / th		
Betreff:	Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Stuttgart - Jahresbericht 2021		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 07.04.2022, GRDRs 236/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die Zielsetzung der Vorlage liege in einer umfassenden Information über die Entwicklung der Kindertagesbetreuung, bezogen auf das Jahr 2021, insbesondere auch in den einzelnen Bezirken, so die Vorsitzende. Der statistische Versorgungsgrad sei bei den null- bis dreijährigen gestiegen und liege zum Stand 01.03.2021 bei rund 50,2 %. Bei den drei- bis sechsjährigen betrage die statistische Versorgungsquote rund 98,8 % knapp unter der Vollversorgung. Aufgrund der Verlegung des Stichtages mussten mehr Kinder in den Kitas behalten werden. Diese Situation habe zu einer Mehrbelastung in der Kindertagesbetreuung geführt, erwähnt die Vorsitzende, da 3,51 Jahrgänge versorgt werden mussten. Der Ganztagesversorgungsgrad liege bei 68,7 %, was sehr positiv sei. In allen Bereichen seien aufgrund von Personalmangel, baulichen Maßnahmen und strukturellen Änderungen Plätze nicht belegbar.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) äußert, seit Jahren werden sehr viele Plätze geschaffen, trotzdem reiche die Anzahl der Plätze gegenüber dem Bedarf nicht aus. Ihr sei aufgefallen, so die Stadträtin, dass die Zahl der Kinder unter 3 Jahren im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken sei. Die gesamte Einwohnerzahl sei zurückgegangen, was sie bedaure. Ab 2025 werde der Anspruch auf einen Ganztagesbetreuungsplatz relevant und infolge die Versorgung schlechter. Trotz der im Rahmen des Haushalts beschlossenen Planungsmittel für den Ausbau von Plätzen müsse in den kommenden

Jahren insbesondere die Fachkräftegewinnung oberste Priorität haben, damit vorhandene und geplante Plätze real auch genutzt werden können. StRin Nuber-Schöllhammer interessiert, warum in manchen Stadtteilen mehr und in manchen Stadtbezirken weniger Plätze geschaffen worden sind. Auch StRin Ripsam (CDU) möchte wissen, ob bei den freien Trägern Kitaplatzkapazitäten an andere Stadtbezirke unterbreitet werden, in denen Kitaplätze fehlten. Frau Wagner erläutert, der Hauptgrund, dass Kitabetreuungsplätze für die Drei- bis Sechsjährigen in den Bezirken fehlen, liege in der Flächenverfügbarkeit. Es gebe Kitas, die bezirksübergreifend arbeiteten, wie Waldorfkindergärten. Deswegen habe der Bezirk Sillenbuch statistisch gesehen einen guten Versorgungsgrad. Von der Fachverwaltung werde überprüft, wie in den Bezirken die Nachbarversorgung aussieht, und wie sich die Situation sozialräumlich ausgleichen lasse.

Bezogen auf den Rückgang der Kinderzahl erkundigt sich StRin Ripsam, ob eine Zurückhaltung bei Kitaneubauten unter der Prämisse, dass beim städtischen Träger 579 und bei den freien Trägern 582 Plätze nicht belegt werden können, angesagt sei. Die Hürden beim Ausbau der Betreuungsplätze, wie Engpässe in der Baubranche, führten neben dem Fachkräftemangel zu einem geringeren Versorgungsgrad. Wie sich derartige Hemmnisse beheben lassen, interessiert die Stadträtin. Bezogen auf die Umsetzung der Ganztageskinderbetreuung im Jahr 2025 fehlten immer noch 1184 Plätze für Kinder von null bis drei Jahren, so die Stadträtin. Bei den Betreuungsplätzen für die Drei- bis Sechsjährigen treten dieselben Probleme, wie Personalmangel, strukturelle Änderungen sowie bauliche Hindernisse auf.

StRin Ripsam vermisst Informationen zur Kindertagespflege in der Vorlage. Diese Betreuungsform sei ein wichtiger Teil in der Kinderbetreuung, äußert die Stadträtin. Herr Herweg sagt eine Berichterstattung zur Kindertagespflege zu. Zudem werden im neuen Bericht Zahlen zur Kindertagespflege aufgenommen, ergänzt er.

Wie ihre Vorrednerinnen würdigen StRin Hübsch (PULS) und StRin Meergans (SPD) den umfassenden Bericht als Nachschlagewerk. StRin Meergans stellt eine Frage nach den nicht belegbaren Plätzen, ob es sich hierbei um eine konstante Zahl handle. Auf Seite 4 der Vorlage werden die Unterschiede zum Vorjahr an nicht belegbaren Plätzen ausgewiesen, erläutert Frau Wagner. Als Plangröße werde mit 500 - 600 Plätzen gerechnet. StRin Meergans erkundigt sich, ob die Fachverwaltung die Bezirksbeiräte über die Versorgungssituation in ihren jeweiligen Bezirk informiere. Auf Anfrage der Bezirksbeiräte werden diese aufgesucht, erläutert Herr Herweg. Die Bezirksbeiräte werden besucht, wenn es neue Zahlen zu berichten gäbe. Teilweise werden auch Anfragen schriftlich von der Fachverwaltung beantwortet, ergänzt er.

Wie bereits StRin Nuber-Schöllhammer erwähnt habe, bemerkt StRin Meergans, es werde von Seiten der Verwaltung so viel Mühe unternommen, um den Ausbau der Kinderbetreuung voranzubringen und trotzdem werde das Angebot dem Bedarf nicht gerecht. Bezogen auf den Fachkräftemangel merkt StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) an, in Anbetracht der aktuellen Tarifverhandlungen für Beschäftigte im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst könne er nicht verstehen, dass sich die Verwaltung als kommunaler Arbeitgeber weigere, eine bessere Bezahlung für die Erzieher*innen vorzusehen. Er bittet die Verwaltung mit dem Personalrat in einen Austausch zu treten, um eine bessere Bezahlung für die Berufsgruppe zu erreichen.

StRin Höh (FDP) äußert die Ansicht, die Stadt müsse eine größere Anzahl von Erzieher*innen nach dem PiA-Modell ausbilden, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Darüber hinaus fordert sie Flexibilität von dem städtischen Träger, auch mit Quereinsteiger*innen Früh- und Spätdienste abzudecken. Sich den Vorredner*innen anschließend, bemerkt StRin Hübsch in dem Bericht sollte transparent dargestellt werden, wie viele Betreuungsplätze aufgrund des Erzieher*innen-Mangels nicht besetzt werden können. Statistische Zahlen werden in dem Bericht dargestellt, so Herr Herweg. Nachdem diese Zahlen "entdeckt" worden sind, zeuge das davon, dass der Bericht transparent sei. Die Zahl der nicht belegbaren Plätze, die im Bericht genannt worden sind, sei stabil. Es handle sich um statistisch / theoretisch vorhandene Betreuungsplätze.

Herr Schulze-Gronemeyer lobt die verschiedenen Ansätze um die Anzahl der Betreuungsplätze auszubauen. Durch eine höhere Zahl von Quereinsteiger*innen könnten offene Stellen bei den freien Trägern besetzt werden. Zusätzliche Ausbildungsprogramme sollten seiner Ansicht nach geschaffen werden. StRin Nuber-Schöllhammer erkundigt sich, ob Quereinsteiger*innen für Randzeiten sowie zur Entlastung von Verwaltungstätigkeiten in der Kita herangezogen werden können.

Bezogen auf den Fachkräftemangel sollten Maßnahmen im Jugendhilfeausschuss diskutiert werden, meint Frau Weegmann. Darüber hinaus regt sie mildere baurechtliche Genehmigungsverfahren für bestehende Kitas an, damit diese nicht aus baurechtlichen Gründen geschlossen werden. Die Situation sei sehr vielschichtig, so die Vorsitzende. An Landes- und Bundesbaurecht müsse sich gehalten werden, so die Vorsitzende. Sie stellt klar, dass nicht von heute auf morgen Kitastandorte geschlossen werden, für die ein unbefristetes Baurecht gelte. Allerdings wenn ein befristetes Baurecht gewährt worden sei, sei irgendwann Schluss - auch deswegen, da Baurecht regelmäßig andere Interessen betreffe.

Zum Fachkräftemangel bemerkt die Vorsitzende, sie möchte daran erinnern, dass in Stuttgart in vielen Bereichen mehr getan werde, als getan werden muss. Den Eltern werde beispielsweise eine Ganztagesbetreuung geboten, auf die sie keinen Rechtsanspruch hätten. Allerdings habe sich die Stadt Stuttgart gemeinsam mit den freien Trägern entschieden, bedarfsgerecht zu handeln. Ein anderer Sachverhalt betreffe die Situation, wie sich die Stadt als attraktiver Arbeitgeber für Erzieher*innen darstelle. Über Jahre hinweg werde sich mit Ideen und Vorschlägen befasst, wie der Arbeitsplatz attraktiver gestaltet werden könne - beispielsweise in Form der Vergütung des Tarif Plus seit 2014. Seit 2020 werden Kitaleitungen über den Tarifvertrag hinaus höher eingruppiert. Darüber hinaus werden die Absolventen der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) beim Berufseinstieg in die Erfahrungsgruppe 2 eingestuft. Eine weitere Maßnahme sei, dass die Kinderpfleger*innen nach Durchlaufen einer internen Qualifizierung in S8a eingruppiert werden. Diese zahlreichen Maßnahmen führten dazu, dass die Ausbildung sowie die Weiterentwicklung innerhalb einer Einrichtung attraktiver werden. Anknüpfend erwähnt die Vorsitzende, in den Tarifverhandlungen werde gefordert, dass Aufstieg und Fleiß attraktiv entlohnt werden. Die Vorsitzende fügt hinzu, das Gehalt von Erzieher*innen sei seit 2009 in der Endstufe bis zu 61 % gestiegen.

Herr Hardt äußert die Ansicht, das Berufsbild der Erzieher*in sei in Bezug auf die Arbeitsbedingungen nicht attraktiv und nicht ausschließlich aufgrund der Vergütung. Nach der Sommerpause werde es eine Schwerpunktsitzung geben, die sich mit dem Fachkräftemangel auch jenseits der Jugendhilfe beschäftige, so die Vorsitzende. Frau Dr. Heynen (JugA) ergänzt, der Fachkräftemangel betreffe auch andere Bereiche, wie den

der Erziehungshilfen, die medizinische Versorgung durch Kinderärzt*innen sowie Lehrkräfte. Mit den Stellschrauben, die genannt worden seien, werde dem demographischen Wandel nicht begegnet werden können. Die Idee, mit Verwaltungs- und Hilfskräften in den Randzeiten zu unterstützen, sehe sie nicht optimistisch, da auch in diesen Bereichen ein höherer Fachkräftebedarf bestehe.

StR Pantisano regt eine Debatte über die Arbeitsbedingungen von Fachkräften an, sowie einen Austausch mit Erzieher*innen, was diese für ihre Arbeitszufriedenheit benötigten. Nach der Sommerpause finde eine Schwerpunktsitzung zum Fachkräftemangel statt, so die Vorsitzende, wobei die genannten Themen und Ideen aufgegriffen werden.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GR Drs 236/2022 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / th

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (28)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. GPR (2)
 5. Stadtkämmerei (2)
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. FDP-Fraktion
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand